Stellungnahme des Verbandes Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e.V. „Interessenbekundungsverfahren als Alibi für Strukturabbau?“

In Hamburg und bundesweit scheint ein Prozess angestoßen zu sein, der die soziale Infrastruktur nachhaltig zu verändern versucht. (1) Vor einigen Monaten enthüllte bspw. der Paritätische Wohlfahrtsverband ein Arbeitspapier, in dem Kürzungspläne von Bund, Ländern und Kommunen zusammengetragen sind. Diese Kürzungen skizzieren einen Kahlschlag, der schwere Folgen für Kinder, Jugendliche und Familien hat. (2)

Auch in Hamburg lässt sich eine solche Entwicklung beobachten. So gibt es einen Einschnitt bei den Schulbegleitungen (3), Einrichtungen der OKJA werden geschlossen (4), Kürzungen bei Mitteln für geflüchtete Kinder und Jugendliche (5), Schließung der Praxisausbildungsstätten (6), Neustrukturierung der Straßensozialarbeit mit der Folge, dass vier Bezirke aktuell gar nicht mehr bedient werden (7) Diese Liste lässt sich weiterführen.

Dr. Elke Alsago und Dr. Nikolaus Meyer formulieren in ihrem Text „Eine neue Ordnung der Hilfe? Wie Politik und gesellschaftliches Klima die Soziale Arbeit verändern“: „Der Kern dieser Entwicklung lässt sich zugespitzt so beschreiben: Auf soziale Krisen, Ungleichheiten und Konflikte wird politisch immer seltener mit dem Ausbau von Bedingungen, Beziehungen und professioneller Autonomie reagiert, sondern mit Appell an Selbstverantwortung, Steuerung, Diagnostik, Restriktion und Kontrolle.“ (1) Amtsleiter Dr. Dirk Bange formuliert in derselben Ausgabe: „Welche konkrete, messbare Wirkung erzielt ein Angebot im Sozialraum für Kinder und Jugendliche? Der Nachweis, dass und wie Angebote effektiv dazu beitragen, die gemeinsam gesteckten Ziele zu erreichen, wird in Zukunft zentrales Kriterium für die Verteilung der Mittel in der KJH.“ (8) Zentral scheint hier die Nachweisbarkeit. Anhand welcher Maßstäbe die Wirksamkeit geprüft werden soll, wer die Maßstäbe dafür festlegt und auf welcher Grundlage dies erfolgt, ist völlig intransparent.

Wir beobachten in Hamburg aktuell vermehrt Interessensbekundungsverfahren (IBV), die unserer Ansicht nach zu diesen Entwicklungen passen.

So wurde ein Interessensbekundungsverfahren für die **Straßensozialarbeit** in Hamburg für die verbleibenden drei Bezirke durchgeführt. Die Neuausrichtung der Straßensozialarbeit hat in der Fachpraxis zu starker fachlicher Kritik geführt. Auf die drei Bezirke haben sich lediglich zwei Träger beworben. Für Harburg konnte eine Einigung gefunden werden, für die anderen zwei Bezirke nicht. In Altona und Mitte übernehmen die Bezirke die Straßensozialarbeit zukünftig selbst (7) (9).

Des Weiteren gibt es seit einem Jahr die Ankündigung des Amtes für Familie, dass die **Ombudsstelle OHA! Verstärker für Kinder- und Jugendrechte** im Rahmen einer IBV neu ausgeschrieben werden soll (10). Die Ombudsstelle soll um den Bereich Kita erweitert werden, wobei vermeintlich rechtliche Vorgaben als Grund für die Neuausschreibung auch der bewährten Struktur genutzt werden, die weder transparent noch nachvollziehbar sind.

Kürzlich wurde zudem bekannt, dass 12 **Integrationszentren**, die aktuell aus einem Trägerverbund von 6 Trägern geleitet werden, in neue Trägerschaft übergeben werden. Als Grund wird eine Neuausrichtung der Beratungsarbeit zu mobilen Angeboten genannt (11), obwohl die Träger 2025 bereits aufgrund einer neuen Förderrichtlinie ihre Angebote um mobile Beratung erweitert haben. Damit bricht ein bedeutender Teil sozialer Infrastruktur weg und gefährdet die Versorgung von Tausenden ratsuchenden Personen (12).

Auch das Projekt **„Wohnung für Straßenkinder“** scheint für eine Interessensbekundung ausgeschrieben werden zu sollen (13). Der Trägerverbund „AG Wohnung für Straßenkinder“ arbeitete mehrere Jahre an einem Konzept „Housing First- auch für junge Menschen“ und ist seither mit der Behörde dazu in Verhandlungen. Im Sommer 2026 wurde bekannt, dass die Behörde das Konzept im Rahmen einer IBV ausschreiben will. Nachdem engagierte Kolleg*innen viel Zeit und Ressourcen in die Erarbeitung des Konzeptes gesteckt haben.

Das ist keine partner*innenschaftliche Zusammenarbeit!

Nicht nur das: Es wird mit den IBVs riskiert, dass langjährige Expertise, Wissen, Infrastruktur und Beziehungen verloren gehen.

IBVs können ein wirksames Mittel sein, um geeignete Träger für Projekte zu finden und eine Gleichbehandlung von Trägern zu ermöglichen. Die Frage, die dabei entsteht, ist jedoch: **Geht es hier wirklich darum, eine an den Bedarfen der Zielgruppen ausgerichtete soziale Infrastruktur zu entwickeln, oder darum, Kosten zu sparen und Kontrolle zu gewinnen?**

Wenn es darum gehen soll, eine verlässliche Angebotsstruktur für Hilfesuchende zu etablieren, darf Wirtschaftlichkeit nicht isoliert von Fachlichkeit, Kontinuität, Beteiligung und Bedarf betrachtet werden!

Die Entwicklungen lassen jedenfalls darauf schließen, dass eine Umstrukturierung angestrebt ist, die eine Veränderung in der sozialen Infrastruktur nach sich ziehen wird, die an fiskalischen Aspekten orientiert ist und nicht an den Bedarfen von Hilfesuchenden.

Wir möchten deutlich sagen:

Schluss mit dem Zerrütten bewährter Hilfestrukturen!

Für eine bedarfsgerechte Ausstattung der sozialen Infrastruktur, die verlässliche Hilfe/ Begleitung/ Beratung für Kinder, Jugendliche und Familien ermöglicht!

Für eine partner*innenschaftliche Zusammenarbeit mit der Fachpraxis!

Keine Trägerkonkurrenz zugunsten des Wettbewerbs!

Anmerkungen

1) FORUM für Kinder- und Jugendarbeit 2/26, Dr. Elke Alsago und Dr. Nikolaus Meyer (S.4-9)
2) https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/enthuellung-kahlschlag/ [28.10.26]
3) https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/wie-sich-die-kuerzungen-an-hamburgs-schulen-auswirken,kuerzungen-100.html [28.10.26]
4) https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/jugendhaus-der-st-pauli-kirche-schliesst-ende-september,jugendsozialarbeit-100.html [28.10.26]
5) https://taz.de/Kuerzungen-in-der-Jugendhilfe/!6149973/ [28.10.26]
6) https://pas-bleibt.de/#forderungen [28.10.26]
7) https://www.entschlossen-offen.de/2026/06/23/stellungnahme-lag-strassensozialarbeit-foerderrichtlinie-versorgungsluecken/ [16.11.26]
8) FORUM für Kinder- und Jugendarbeit 2/26, Dr. Dirk Bange (S. 23-25)
9) https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/hamburg-umbau-der-strassensozialarbeit-startet,sozialarbeit-104.html [28.10.26]
10) FORUM für Kinder- und Jugendarbeit 3/26, Anja Post-Martens und Vera Koritensky (S.25-26), Careleaver e.V. (S.27-29) / Team junge Menschen (S.30-31)
11) https://taz.de/Integration-in-Hamburg/!6223721/ [28.10.26]
12) https://www.hinzundkunzt.de/wp-content/uploads/2026/11/Offener-Brief-Integrationszentren.pdf [16.11.26]
13) Hamburger Abendblatt, 22.6.26, „Auf Hamburgs Straßen leben rund 150 Minderjährige- Stadt startet Hilfsprojekt“ [16.11.26]